

42

Ministerratssitzung

Beginn: 15 Uhr 30

Montag, 13. September 1948

Ende: 19 Uhr 10

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Innenminister Dr. Ankermüller, Kultusminister Dr. Hundhammer, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Verkehrsminister Frommknecht, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Geheimrat Hepp¹ (Finanzministerium).

Entschuldigt: Finanzminister Dr. Kraus, Arbeitsminister Krehle, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium).

Tagesordnung: I. Vorbereitung der neuen Landtagssession. II. Flüchtlingswesen. III. Demontagen und Restitution. IV. Metallarbeiterstreik. V. Begnadigungen. VI. Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren bei Binnenschiffahrtssachen. VII. Absatzgarantie für Kartoffeln.

I. Vorbereitung der neuen Landtagssession

Ministerpräsident Dr. Ehard eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß es ihm notwendig erscheine, für die Wiedereröffnung des Landtags einige Themen vorzubereiten, die im Hinblick auf ihre besondere Dringlichkeit im Augenblick der Hervorhebung und Erörterung bedürfen.² Es handle sich insbesondere um das Flüchtlingswesen. Es sei festzustellen, daß Bayern von der Militärregierung und von anderen Ländern immer wieder das Lob gezollt werde, es habe am meisten von allen anderen Ländern für die Flüchtlinge getan. Wenn aber einmal etwas nicht nach Wunsch verlaufe, dann werde das an die große Glocke gehängt und es heiße überall, in Bayern geschehe nichts. Es sei daher an der Zeit, einmal die bisherigen Leistungen Bayerns zusammenzustellen und darauf hinzuweisen, daß in der Tat sehr viel geschehen sei. Man werde bei dieser Gelegenheit auch auf die Pläne für die nächste Zeit eingehen können.³ Unbedingt müsse darauf hingewiesen werden, daß wir ohne Hilfe von außen nicht mehr weiterkommen könnten und daß es höchste Zeit sei, daß andere Länder sich in die von Bayern bisher getragene Last teilen und uns eine Anzahl Flüchtlinge abnehmen. In weiterer Linie seien es die Demontagen, die zu ernster Besorgnis Anlaß gäben. Hier werde man mit den Fraktionen Fühlung nehmen und ihnen das Material zur Verfügung stellen müssen. Zur Schulreform werde an und für sich Stellung genommen werden müssen. Der Brief des Generals Clay,⁴ der die auf diesem Gebiet erreichten Zugeständnisse bestätige,⁵ werde täglich erwartet. Zu den Ernährungsfragen werde der Herr Landwirtschaftsminister sprechen müssen. Die Verhältnisse auf dem Gebiet der Fleisch- und Getreidebewirtschaftung würden bis dahin zu einer gewissen abschließenden Regelung gekommen sein, so daß darüber berichtet werden könne.

1 Ernst Karl Hepp (1878–1968), Jurist, 1919–1922 Abteilungsdirektor Reichsmonopolamt für Branntwein, Berlin, 1922–1928 MinRat im Reichsfinanzministerium, seit 1928 Reichsfinanzhof München, zunächst als Reichsfinanzrat, seit 1937 Reichsrichter, ab August 1945 Verwendung im StMF, Leiter der Steuerabteilung, zum 1. 1. 1946 Abordnung an das StMF mit der Amtsbezeichnung MinDirig, 1947 dort Leiter der Abteilung II Steuern und Zölle, staatliche Betriebe und Beteiligungen, anschließend Richter am Bundesfinanzhof, zum 30. 10. 1950 Ruhestandsversetzung. Vgl. *Barbarino* S. 27f. sowie zu seiner früheren Teilnahme als Vertreter des StMF an Sitzungen des Kabinetts Ehard I; *Protokolle Ehard* I S. LXXVf.

2 Nach der Sitzung am 26. 8. 1948 war der Landtag in die Sommerpause gegangen. Er trat am 22./23. 9. 1948 zu seiner nächsten Session zusammen.

3 Vgl. dazu den „Bericht der Staatsregierung über aktuelle Flüchtlingsfragen“ durch Staatssekretär Jaenicke, *StB.* III S. 79–85 (22. 9. 1948).

4 Vgl. Nr. 43 TOP III Anm. 50.

5 ORR Henle, der vertretungsweise das Protokoll führte, hatte im Registraturexemplar „erteilte“ hs. durch „bestätigte“ ersetzt (StK-MinRProt 11).

Ein weiterer Punkt sei das Verhältnis von Löhnen und Preisen.⁶ Es könne nicht geleugnet werden, daß auf der Industrieseite die Preise davongelaufen seien. Die Löhne seien jedoch grundsätzlich die gleichen geblieben.⁷ Bayern hätte allerdings auf diese Entwicklung keinen Einfluß. Es bestehe der Eindruck, als ob zwischen der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft und der für Wirtschaft in Frankfurt nicht die Fühlung bestehe, die notwendig sei, um ein koordiniertes Vorgehen zu erreichen. Es bestehe die Gefahr von Streikentwicklungen, die auch⁸ aus anderweitigen politischen Gründen geschürt würden. Es sei deshalb zu erwägen, ob man nicht eine Besprechung dieser Fragen mit den Spitzen der Gewerkschaften und des Bauernverbandes abhalten solle. Dabei würde darauf hinzuweisen sein, daß die Staatsregierung die Verantwortung für die Entwicklung nicht trage, sondern daß sie bei anderen Stellen läge, an die die Verbände sich durch ihre Vertreter wenden könnten. Man werde aber auch betonen müssen, daß man ihre Sorgen weitgehend für berechtigt halte und daß man auch in Frankfurt für Verständnis werben wolle.

Falls die Mitglieder des Ministerrats damit einverstanden seien, würde er den Vorschlag machen, diese Frage in einem kleinen Kreis der unmittelbar beteiligten Minister vorzubereiten, um das Material zu sichern und Pläne vorzubereiten. Das Ergebnis werde er dann dem Ministerrat unterbreiten. Dieses Verfahren würde eine Zeitersparnis für den Ministerrat bedeuten, der sonst in Permanenz tagen müsse.

Staatsminister *Dr. Seidel* führt aus, seiner Überzeugung nach müßte die Staatsregierung der Öffentlichkeit gegenüber öfter hervortreten.⁹ Man dürfe wohl nicht verkennen, daß eine gewisse Unzufriedenheit im Lande bestehe und daß die Bevölkerung nicht recht wisse, was die Staatsregierung tue und mit welchen Fragen und Problemen sie sich beschäftige.¹⁰ Man müsse sich mehr an die Öffentlichkeit wenden. Das könnte etwa durch Vorträge in den Städten geschehen. Man könne auch im Rundfunk sprechen und sich etwa eine Woche lang je eine Viertelstunde zu Vorträgen durch die Staatsminister einräumen lassen.¹¹ Selbstverständlich bestehe auch die Möglichkeit, im Landtag zu sprechen, wobei er es allerdings für zweifelhaft halte, welchen Widerhall man in Presse und Bevölkerung finden werde. Auch die Form, in der das geschehen solle, müsse überlegt werden. Man könne daran denken, daß die Regierung die Initiative ergreife und in Form eines Rechenschaftsberichts sich an den Landtag wende.¹² Er könne sich aber auch vorstellen, daß die Regierung zu den verschiedenen Problemen in der Form von Antworten auf bestellte Anfragen Stellung nehme. Jedenfalls sei es notwendig, größere¹³ Publizität zu entfalten, weil sonst die Gefahr sich ergeben könnte, daß die Staatsregierung von der Bevölkerung nicht mehr verstanden werde.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller*: Auf Grund der Feststellungen, die er draußen getroffen habe, glaube er, daß weitgehend der Eindruck bestehe, als ob die Staatsregierung die Dinge zu stark laufen lasse. Die Preisentwicklung könne nicht mehr übersehen werden. Das Gefühl, daß ein Streik gerechtfertigt sei, verstärke sich über die Gewerkschaften hinaus in weiten Kreisen. Die Industrie verhalte sich teilweise vernünftig, teilweise aber sehr unvernünftig. Der Handel sei völlig uneinsichtig und verlange unerträgliche Spannen. Landtagsdebatten seien nur von fraglichem Nutzen, teils wegen des leider geringen Ansehens des Landtags in der Öffentlichkeit, teils wegen der Presse, die mit den Äußerungen im allgemeinen wenig anfangen könne. Man

6 Vgl. zur Entwicklung der Preise die Indexziffer der Lebenshaltungskosten (1913/1914 = 100): 1946: 161.2; 1947: 167.7; Mai 1948: 175.5; Juni 1948: 183.3; Juli 1948: 189.7; August 1948: 187.5, *Bayern in Zahlen 1948* S. 215; ferner „Laufende Preise – hinkende Löhne“, *SZ* 25. 9. 1948; *Die Wirtschaftsentwicklung* S. 14–17.

7 Nach der Kontrollratsdirektive Nr. 14 Grundsätze für die Bestimmungen betreffs Arbeitslöhne ([12. 10. 1945] *Amtsblatt des Kontrollrats* S. 40) galt grundsätzlich der Lohnstopp aus dem Jahre 1939. Diesen Zustand änderte formal das Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps vom 3. November 1948 (*WiGBL* S. 117); vgl. *Die Wirtschaftsentwicklung* S. 3, 14–17. S. *MArb* 2174.

8 MPr. Ehard hatte das Wort „auch“ hs. im Registraturexemplar hinzugefügt (StK-MinRProt 11).

9 Vgl. zu der nur schleppend angelaufenen Pressearbeit unter MPr. Ehard *Protokolle Ehard* I Einleitung S. CXLI.

10 Vgl. *Protokolle Hoegner* I Nr. 14 TOP I sowie die Reihe der Porträts über die Minister und die wichtigsten Probleme ihrer Ressorts in der *SZ*: Seifried 30. 11. 1945, Roßhaupter 14. 12. 1945, Schmitt 21. 12. 1945, Terhalle 24. 12. 1945, Fendt 8. 1. 1946, Erhard 22. 1. 1946, Baumgartner 25. 1. 1946, Hoegner als StMJu 12. 2. 1946.

11 Vorbild für diese Überlegung dürfte die Sendereihe von Radio München „Der Bürgermeister spricht“ gewesen sein, bei der sich z.B. der Münchner und der Nürnberger Oberbürgermeister seit 1945 wöchentlich in 15-minütigen Ansprachen an die Bevölkerung wandten. Die Manuskripte dieser Ansprachen liegen im Archiv des BR in München.

12 Vgl. als Vorbild *Protokolle Hoegner* I Nr. 55 TOP II.

13 ORR Henle hatte im Registraturexemplar „eine“ hs. durch „größere“ ersetzt (StK-MinRProt 11).

habe schlechte Erfahrungen gemacht und öfters erlebt, daß die Presse Reden entstellt und jedenfalls nicht ihrem Sinn entsprechend wiedergegeben habe. Man komme deshalb nur durch, wenn man sich an den Radio wende und etwa zwei Wochen nacheinander Reden von je einer Viertelstunde halte.¹⁴ Einige Schlagsätze aus diesen Reden könne man dann in der Presse wiedergeben. Die sozialen Spannungen, die bestehen, würden natürlich von gewisser Seite ausgenützt, die versuche, die Regierung unter den Druck von Streikschwierigkeiten zu bringen. Propagandistisch läge man dabei nicht im Vorteil.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* wirft ein, seiner Auffassung nach müsse man auch mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Bauernverbandes sprechen und in Frankfurt auf die Situation aufmerksam machen, die sich in den Ländern entwickle.

Staatsminister *Dr. Seidel* führt aus, daß Direktor Professor Dr. Erhard in Frankfurt von der CDU/CSU nominiert und gewählt worden sei. Seine Politik sei von Hagenauer auf dem zonalen CDU-Parteitag ausdrücklich gebilligt worden.¹⁵ Er habe kürzlich auch in Augsburg gesprochen,¹⁶ wobei der Stellv. Ministerpräsident Dr. Müller ihn allerdings als Gast eingeführt habe. Man müsse sich darüber klar sein, daß die gesamte Wirtschaft die Freigabe der Bewirtschaftung verlange und daß auch der Mann auf der Straße der Bewirtschaftung das größte Mißtrauen entgegen bringe. Es bleibe also nur die Preisregelung. Man müsse Richtpreise vorschlagen, wenn man den Forderungen der Leute entsprechen wolle. Preisfestlegungen hätten aber immer die Wirkung, daß die Ware vom Markt verschwinde. Nun sei Direktor Dr. Erhard nicht untätig gewesen. Er habe vielmehr neue Maßnahmen vorbereitet, wie die Bekanntgabe eines Preisspiegels, dann die Herstellung von qualitätsmäßig gesicherter Standardware mit einem Festpreis. Außerdem würden STEG-Waren¹⁷ auf den Markt kommen und zwar zu Festpreisen, die unter dem Marktpreis lägen. Dadurch werde ein Preisdruck ausgeübt. Als bayerischer Wirtschaftsminister habe er allerdings insofern gegen das Programm Dr. Erhards Bedenken, als die geringen Rohstoffbestände zur Herstellung der Standardware voraussichtlich bestimmten Produzenten zugespielt würden, die in der Lage seien, billiger zu produzieren als die bayerische Industrie. Trotzdem halte er eine Distanzierung von der Frankfurter Wirtschaftspolitik auf

14 Vgl. Ehard an Schlögl, 22. 9. 1948: „Zurückkommend auf die Anregung im vorletzten Ministerrat bitte ich Sie, Ende der nächsten Woche über die aktuellen Ernährungsfragen zu sprechen. Der Herr Wirtschaftsminister wurde von mir gebeten, anfangs der Woche die Vortragsreihe mit einem Vortrag über die Preisfrage einzuleiten. Daran wird sich ein Vortrag des Herrn Sozialministers in der Mitte der Woche über die Lohnfrage anschließen. Die Rede-Zeit müßte auf 15 Minuten bemessen werden. Das Presseamt der Staatskanzlei ist beauftragt, in Verbindung mit den Herren Ministern beim Rundfunk die Rede-Zeiten zu regeln. Ich empfehle den Herren, sich miteinander zu besprechen, damit die Wirkung der Vorträge eine einheitliche wird und der Öffentlichkeit ein zusammenhängendes Bild über die Bemühungen und die Tätigkeit der Staatsregierung vermittelt wird. Um der Staatskanzlei die Möglichkeit zu geben, die Sache propagandistisch zu unterstützen, bitte ich, dem Presseamt der Staatskanzlei jeweils am Vortage einen Abdruck des beabsichtigten Vortrags zugehen zu lassen“ (StK 14716). Vgl. auch die nächste Ansprache von MPr. Ehard über Radio München, 21. 10. 1948, zur Großversammlung aller Wohlfahrtsverbände (NL Ehard 629). Am. 17. 11. 1949 eröffnete MPr. Ehard dann die regelmäßig vorgesehene Sendereihe des BR „Die Regierung spricht“. Er erläuterte einleitend, damit folge er dem vielfach geäußerten Wunsche, „die Öffentlichkeit in verstärktem Maße über die Arbeit der Regierung zu unterrichten“ (Exemplar der Rede in NL Ehard 633). Im Februar 1951 folgte im BR die Sendereihe „Politik aus erster Hand“, in der Politiker, auch MPr. Ehard, jeweils mittwochs um 20 Uhr zur besten Sendezeit sprachen; vgl. *Schulze-Vorberg* S. 77f.

15 Gemeint ist der Zweite Parteitag der CDU für die britische Zone, 28./29. 8. 1948, in Recklinghausen. Das Referat Erhards trug den Titel „Marktwirtschaft moderner Prägung“; Abdruck bei *Pütz* S. 657–678. Vgl. ferner die am Ende des Parteitags verabschiedete Entschließung zur Marktwirtschaft (*Pütz* S. 712): „Der 2. Parteitag der Christlich-demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen hat den Vortrag von Wirtschaftsminister Professor Erhard über die Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates entgegengenommen. Er billigt einmütig und nachdrücklich die Abkehr von der zusammengebrochenen staatlich gelenkten Plan- und Zwangswirtschaft. Die Marktwirtschaft hat in dieser kurzen Zeit bereits zu einer grundlegenden Besserung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung geführt. Zugleich sind Arbeitsleistung und Produktion erheblich gestiegen. Der Parteitag fordert die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges. Mißstände in der Preisgestaltung müssen überwunden werden durch vernünftige Kalkulation der Verkäufer und Disziplin der Käufer. Insbesondere werden sich Produktion und Handel ihrer Aufgabe gegenüber Verbraucherschaft und werktätigem Volk bewußt bleiben müssen. Von der Verwaltung für Wirtschaft wird eine entschiedene Bekämpfung jedes Preiswuchers im Sinne des vom Wirtschaftsrat beschlossenen Gesetzes gefordert.“ Zur Kritik aus Kreisen der CSU am wirtschaftspolitischen Kurs Erhards vgl. *Ambrosius*, Durchsetzung S. 187f.

16 Gemeint ist die Rede Ludwig Erhards, die dieser auf der Tagung des Landesausschusses der CSU am 17./18. 7. 1948 in Augsburg (Antoncasino) gehalten hatte; vgl. „Landesausschuß der CSU tagte in Augsburg“, *Schwäbische Landeszeitung* 20. 7. 1948; Programm in NL Ehard 888. Erhard sprach noch ein zweites Mal (Thema: Die Wirtschaft nach der Geldreform) am 26. 7. 1948 in Augsburg: „Erhard kündigt neue Freigaben an. Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft erneut in Augsburg“, *Schwäbische Landeszeitung* 30. 7. 1948.

17 Staatliche Erfassungs-Gesellschaft für öffentliches Gut m.b.H. (StEG); Aufgabe der StEG waren die Übernahme, Verwaltung und Verwertung des Rüstungs- und Beutegutes aus ehemaligem dt. und amerikanischen Besitz in der amerikanischen Besatzungszone im Auftrag und für Rechnung der drei Länder der US-Zone; vgl. *Vogel*, Westdeutschland II S. 55–71. S. MWi 11946–12029. „Billige STEG-Waren für deutsche Verbraucher“ NZ 2. 11. 1948.

Grund der Vergangenheit im Augenblick für unmöglich. Alles was man tun könne sei, unsere Bedenken in Einzelheiten anzumelden. Das sei aber auch geschehen.

Den Gewerkschaften müsse man aber klar machen, daß es keinen Sinn habe, die Landesregierungen anzugreifen und sie für Dinge verantwortlich zu machen, die ihrem Einfluß entzogen seien. Die Gewerkschaften hätten ihre Leute z.B. in dem Überwachungsausschuß für Preispolitik. Diese hätten bisher den Maßnahmen zugestimmt. Man müsse dem Mann auf der Straße klarmachen, daß die gleichen Leute, die hier das Wort führen, dort schweigen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* wirft ein, man könne¹⁸ die Frankfurter Wirtschaftspolitik nicht bekämpfen. Die CSU befände sich bei einem solchen Versuch allein, ohne Unterstützung der CDU und wäre vielleicht nicht einmal in sich geschlossen. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Wirtschaftspolitik die Duldung der SPD habe. Wenn man im Rundfunk das Wort nehme, dann könne man aber sehr wohl gegen Frankfurt mit erhobenem Finger sprechen und eine konstruktive Opposition anmelden.

Staatsminister *Dr. Schlögl* führt aus,¹⁹ er habe den Verdacht, daß die Gewerkschaften eine ganz bestimmte Taktik verfolgten. Sie wollten der Freigabe der Bewirtschaftung in der Hoffnung untätig Zusehen,²⁰ daß die freie Wirtschaft ad absurdum geführt werde, daß man dann in ein paar Monaten wieder mit der Staatswirtschaft beginnen müsse. Was er auf dem Agrarsektor besonders bedauere, sei die Impotenz des Handels. Der Handel wolle absolut nichts mehr riskieren. Er nütze alles aus, um die Entwicklung zu seinen Gunsten zu drehen. Die Handelsspannen seien absolut unerträglich. Es sei unverantwortlich, wenn der Händler an den Kartoffeln mehr verdiene als der Erzeuger. An der Entwicklung trage Schlange-Schöningen wohl eine größere Gesamtschuld als Erhard. In Zukunft werde der Agrarausschuß der Landwirtschaftsminister der Länder nicht mehr in Frankfurt tagen, um dem Einfluß der Frankfurter Verwaltung nicht zu sehr ausgesetzt zu sein. Die Länder könnten tatsächlich etwas erreichen. Sie seien jetzt dabei, die Vorratsaktion der Frankfurter Verwaltung zu entreißen. Eine aktive Agrarpolitik der Länder könne den Interessen der Verbraucher und Erzeuger wirklich dienen. Falls Bayern eine aktive Agrarpolitik betreibe, ließe sich durchaus etwas erreichen. Die Handelsspannen müßten mit allen Mitteln bekämpft werden.

II. Flüchtlingswesen

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt Staatssekretär Jaenicke das Wort zu einem Bericht über den Abschluß des Hungerstreiks.

Staatssekretär *Jaenicke* führt aus, daß die Streikenden 12 Forderungen erhoben hätten, die großenteils berechtigt gewesen seien.²¹ Entstanden sei die Sache durch eine Nachricht der Dena, daß der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen seine Aufgaben konsequent vernachlässigt habe und daß er sich gegenüber den berechtigten Forderungen der Flüchtlinge völlig uneinsichtig zeige. Tatsächlich sei er zu dem Zeitpunkt, als diese Forderungen erhoben worden seien, in Frankfurt gewesen. Er sei nun unangemeldet in das Lager Dachau gegangen und habe von früh morgens 8 Uhr bis nachmittags 15.30 Uhr mit den Flüchtlingen alle Punkte durchgepaukt und das Versprechen erreicht, daß der Streik abgebrochen werde,²² falls er seine Zusagen

18 Die hier folgenden Worte „im Augenblick“ wurden von ORR Henle im Registraturexemplar hs. gestrichen (StK-MinRProt 11).

19 Der hier folgende Satz „...“, daß am Mittwoch, den 15. September, die Gewerkschaften von ihm empfangen würden“, wurde von ORR Henle im Registraturexemplar hs. gestrichen (StK-MinRProt 11).

20 Die Formulierung geht ebenfalls auf eine hs. Änderung ORR Henles zurück. Im Registraturexemplar hatte es zunächst geheißen: „Sie wollten die Freigabe der Bewirtschaftung in der Hoffnung ausnützen“ (StK-MinRProt 11).

21 S. im Detail MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 872 sowie die Darstellung der „Geschichte“ der Regierungsdurchgangslager Dachau und Allach von Fritz Gernbeck, 28. 9. 1948 (6 S.) (StK 11641).

22 Zum Hungerstreik der 1200 Flüchtlinge des Durchgangslagers Dachau-Rothschwaige vgl. SZ 7., 9. u. 11. 9.1948; NZ 7. 9. 1948; PA 1948/22 und 22a. Abdruck des Telegramms des Kontrollausschusses des Regierungsdurchgangslagers Dachau an MPr. Ehard, 3.9. 1948, mit der Ankündigung des unbefristeten Hungerstreiks, in: *Integration und Neubeginn* Bd. 2, S. 914. Es hatten sich u.a. Flüchtlinge in den Lagern Hof-Moschendorf, Allach II, Augsburg, Nürnberg u. Rosenheim mit den Dachauer Flüchtlingen solidarisiert. S. im Detail MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 872; s. auch die Aufzeichnung einer Besprechung der Intelligence Division (OMGB), 9. 9. 1948, an der als Gast der Military Government Officer aus Dachau teilnahm (OMGBY 10/92–2/2). Vgl. ferner *Marcuse*, Konzentrationslager S. 188f.

schriftlich geben würde. Er habe dann am nächsten Tag in Begleitung des Flüchtlingsausschusses das Lager nochmals besucht, seine schriftliche Antwort übergeben und das Lager besichtigt. Er habe es in einem erschütternden Zustand vorgefunden.²³ Nach der Besichtigung habe eine Besprechung mit den Streikenden stattgefunden, an der die Vertreter von 18 Lagern teilgenommen hätten. Es sei Punkt für Punkt seiner Antwort behandelt und schließlich Friede geschlossen worden.²⁴ Vorher habe er es bereits erreicht, daß die Hungermärsche abgesagt wurden.²⁵

Das Feuer sei nun ausgeblasen, es glimme aber zweifellos weiter und es könne bei dem kleinsten Anlaß neu ausbrechen. Es seien immer noch 110000 Leute in den Lagern. Die Union der Ausgewiesenen sei inzwischen gegründet worden.²⁶ Die anderen Länder hätten sich wieder geweigert, Flüchtlinge aufzunehmen. Das Schreiben an General Clay, das er dem Herrn Ministerpräsidenten vorgelegt habe, werde jetzt wohl auslaufen müssen. Es sei zwar außerordentlich peinlich, daß eine deutsche Regierung die Amerikaner um Intervention bei einer anderen Landesregierung ersuchen müsse; aber es gehe jetzt nicht mehr anders. Er reise heute noch nach Rüdesheim,²⁷ wo eine Besprechung aller Flüchtlingsverwaltungen aus ganz Deutschland statfinde. Es sei bereits vorgeschlagen worden, daß die Verwaltungschefs sich mit einem Aufruf an die Vereinten Nationen wenden sollten, der besage, daß wir am Ende unserer Kraft seien und Hilfe von außen bräuchten. In diesem Augenblick erscheine unmöglich, dem Wunsch des Finanzministeriums nachzukommen, daß die Flüchtlingsverwaltung abgebaut werde, um die Lager einigermaßen zu leeren. Auch könne man auf die Raumerfassungskommissionen nicht verzichten. Das Finanzministerium verlange die Auflösung dieser Kommissionen. Es verlange auch die Streichung der bescheidenen Beträge für die Flüchtlingsobleute. Er bitte deshalb dem Finanzministerium klarzumachen, daß man im kritischsten Augenblick der Flüchtlingsverwaltung stehe.²⁸

Hier wirft Ministerpräsident *Dr. Ehard* ein, daß darüber schon im letzten Ministerrat gesprochen worden sei und daß das Finanzministerium grundsätzlich zugestimmt habe.

[Staatssekretär *Jaenicke*:] Es sei auch ein unerträglicher Zustand, daß Kriegsgefangene von den Bürgermeistern verschiedener bayerischer Gemeinden abgewiesen und wieder in die Flüchtlingslager zurückgeschickt würden. Hier müsse ein Wandel eintreten.

Staatsminister *Dr. Schlögl* erklärt hierauf, er könne aus Mitteln, die ihm für Siedlungszwecke zur Verfügung stünden und für die er im Augenblick keine Verwendung habe, einen Betrag von einer halben Million frei machen, bitte jedoch, sie ihm in einiger Zeit wieder zurückzugeben. Weiter sei er bereit, aus Beständen der Staatsforstverwaltung 1000 cbm Holz zu geben, mit deren Lieferung ab sofort begonnen werden könne. Das Holz könne zum Ausbau der Unterkünfte verwendet werden.

Hiemit herrscht im Ministerrat allerseits Einverständnis.

III. Demontagen und Restitution

23 Vgl. auch die Schilderung der Zustände im Flüchtlingslager Dachau im Rahmen der Landtagsdebatte über den „Bericht der Staatsregierung über aktuelle Flüchtlingsfragen“, *StB.* III S. 91 ff; (23. 9. 1948); ferner *SZ* 21. 9. 1948 u. „Alle Nationen müssen helfen. Bericht über die Flüchtlinge in Dachau“, *NZ* 25. 9. 1948

24 Vgl. die schriftlichen Antworten von Jaenicke auf die Forderungen der Flüchtlinge des Durchgangslagers Dachau, 10. 9. 1948, unter Bezug auf deren Resolution, 23. 8. 1948, sowie die Besprechung am 9. 9. 1948 (engl. Fassung, 4 S.) (MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 872).

25 Die Flüchtlinge der Lager in Berchtesgaden und Augsburg hatten in Hungermärschen vor den Gebäuden der Militärregierung demonstriert. Der in Dachau geplante Hungermarsch fand nicht statt; vgl. *SZ* 9. 9. 1948.

26 Die Flüchtlingspolitik der amerikanischen Militärregierung war auf die Integration der Flüchtlinge ausgerichtet; konsequenterweise ließ sie daher bis 1949 keine eigenen Flüchtlingsparteien zu. Den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen blieb so zunächst nur die Möglichkeit, sich innerhalb der lizenzierten Parteien zu formieren und zu artikulieren. Die „Union der Ausgewiesenen“ (UdA) entstand 1947 als Arbeitsgemeinschaft der CSU (1953 Umbenennung in „Union der Vertriebenen“). Erster Vorsitzender war Hans *Schütz*; vgl. *Bauer*, Flüchtlinge 275ff.; *Mintzel*, CSU S. 207–210; *Schubert*.

27 Gemeint ist die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Flüchtlingsverwaltungen, 13./14. 9. 1948, zum Thema Lastenausgleich in Rüdesheim; vgl. den Hinweis in Arbeitsgemeinschaft der Dt. Flüchtlingsverwaltungen an Jaenicke, 3. 8. 1948 (MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 380). Zur Arbeitsgemeinschaft der Dt. Flüchtlingsverwaltungen vgl. *Vogel*, Westdeutschland III S. 479ff.

28 Staatsrat Hepp fertigte für StMF Kraus und Staatssekretär Müller eine knappe Vormerkung (1 S.) über diesen Ministerrat, 14. 9. 1948. Darin hieß es u.a.: „Über die Frage des Abbaues der Flüchtlingsobleute und der fliegenden Wohnungskommissionen entspannte sich eine längere Debatte, bei der sich Minister Dr. Seidel und Dr. Ankermüller für die Beibehaltung dieser Organe aussprachen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt“ (MF 69382).

Staatsminister *Dr. Seidel* führt zur Entwicklung auf dem Gebiet der Demontagen aus,²⁹ daß im Oktober 1947 eine Liste von Demontagebetrieben übergeben worden sei, die die Militärregierung damals als die endgültig letzte Liste bezeichnet habe.³⁰ Es sei ausdrücklich erklärt worden, daß mit dieser Liste die Zahl der zu demontierenden Betriebe abgeschlossen sei. Trotzdem seien nun drei weitere Betriebe zur Demontage herangezogen worden. Gegenvorstellungen hätten nichts geholfen; nur einige Erleichterungen hätten sich durchsetzen lassen. Von den 57 reinen Kriegsbetrieben der Demontageliste seien 35 Werke abgebaut und die Maschinen bereits versandt. Auch die Versorgungseinrichtungen der Betriebe, wie z.B. die Wasserleitungen seien auf den Inventarisierungslisten aufgeführt worden. Die Bemühungen sie zu erhalten, seien erfolglos geblieben. Anfang dieses Jahres sei auch der Befehl zur Demontage einiger Friedensbetriebe gekommen. Die Demontagen seien durchgeführt worden. Die Maschinen seien demontiert worden, aber in den Werken stehen geblieben. Beinahe täglich habe das Wirtschaftsministerium um Genehmigung ersucht, die Maschinen auf Blöcke zu setzen und sie bis zum Abtransport arbeiten zu lassen. Ohne Erfolg. Nunmehr sei am 26. August der Befehl gekommen, Maschinen und Einrichtungen von neuen Werken zum Abtransport fertigzumachen. Sie kämen nach Griechenland, in die Tschechei und Norwegen, Belgien, England, Frankreich usw. Es sei also auf der einen Seite so, daß Mr. Hoffmann³¹ versuche, einen Demontagestopp durchzuführen,³² der mit dem Wiederaufbau in Widerspruch stehe, daß aber auf der anderen Seite wohl gerade deswegen eine beschleunigte Durchführung der Demontage verlangt werde.³³ Gewisse Kreise wollten offenbar erreichen, daß die Werke demontiert seien, bis Mr. Hoffmann sich durchsetzen könne und bis die Kommission eintreffe, die zur Überprüfung der Demontagen vorgesehen sei. Auch die Restitutionen³⁴ seien in ihrer praktischen Wirkung nichts anderes als Demontagen.³⁵ Wir hätten bis zum 31. August Güter im Werte von vielen³⁶ Millionen DM zurückgegeben. Weitere Restitutionen im Gesamtwert von 120 bis 130 Millionen DM seien noch zu machen. Es sei ein Befehl gekommen, der das krasseste sei, was er auf diesem Gebiet bisher gesehen habe. Es sei bisher in einigen Fällen gelungen, zu kompensieren (d.h. an sich zurückzugebende Güter mit Zustimmung der Empfänger³⁷ durch andere Güter auszutauschen). Auch habe man eine Einspruchsmöglichkeit gehabt. Nun sei das Verbot der Kompensation ausgesprochen worden. Einsprüche blieben zwar theoretisch zugelassen, seien aber praktisch dadurch unmöglich gemacht, daß die Inanspruchnahme und Abberufung so kurz aufeinander folgten, daß keine Zeit mehr zu einem Einspruch bleibe. Unter die Restitutionspflicht sei auch das Flüchtlingsgut gefallen, z.B. Pferde, die Ungarndeutsche aus ihrer Heimat in Ungarn als Eigentum mitgebracht hätten. Im Augenblick seien solche Restitutionen gestoppt. Desgleichen dürfen Werkzeugmaschinen zurückbehalten werden, die 1943 oder früher unter bestimmten Voraussetzungen im

29 Vgl. ferner die Angaben in: *Die Wirtschaftsentwicklung* S. 21.

30 Vgl. Nr. 4 TOP I Anm. 20.

31 Paul Gray Hoffmann, Administrator der Economic Cooperation Administration (ECA), die auf amerikanischer Seite zur Abwicklung des als Marshall-Plan bekannten European Recovery Program (ERP) im April 1948 mit Sitz in Washington gegründet worden war; vgl. *Vogel*, Westdeutschland II S. 2830f.

32 USA fordern erneut Demontage-Revision“, NZ 23. 9. 1948.

33 Vgl. SZ 18. 9. 1948: „Das Bayer. Wirtschaftsministerium wurde am 7. September durch die Militärregierung davon verständigt, daß neun für Reparationen vorgesehene bayerische Betriebe an die Empfangsnationen zugeteilt seien und im September versandt werden müßten. Es handelte sich um: Elektro-Chemische Werke AG, München-Höllriegelskreuth, Dr. Alexander Wacker-Werke, Burghausen, Herkules-Werk, Nürnberg (jeweils Teilbetriebe), Schmitt & Co., München, Kopp & Co., München, Anorgana, Gendorf (Teilbetrieb), Transehe & Co., Gersthofen, Ultra Präzisionswerk, Aschaffenburg, Heinrich Diehl GmbH, Nürnberg (Teilbetrieb). Das Wirtschaftsministerium hat daraufhin mit Schreiben vom 9. Sept. den Landesdirektor Van Wagoner gebeten, im Hinblick auf die Bemühungen des ERP-Administrators, Hoffmann, einen Versandstop auszusprechen. Am 17. September wurden Ministerpräsident Dr. Ehard und Wirtschaftsminister Dr. Seidel in dieser Angelegenheit bei Mr. Van Wagoner vorstellig, der erklärte, daß für zwei Werke (und zwar für das Ultra Präzisionswerk Aschaffenburg und die Heinrich Diehl GmbH Nürnberg) der Versandstop ausgesprochen sei. Bezüglich der übrigen Werke sei der von OMGUS erteilte Versandbefehl durchzuführen. Hinsichtlich der weiteren in Bayern demontierten Betriebe der Friedensindustrie, für die ein Versandbefehl noch nicht vorliegt, ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.“

34 Bei Restitutionen handelte es sich um die Rückführung von Gegenständen, die bis 1945 aus den von Deutschland besetzten Gebieten entfernt und nach Deutschland verbracht worden waren.

35 Vgl. die Sitzungen des Reparationsausschusses b. Bayer. Wirtschaftsministerium; Protokolle der Sitzungen 3. 8., 14. 10. und 14. 12. 1948 in MArb-Landesflüchtlingsverwaltung 382/I.

36 ORR Henle hatte hier im Registraturexemplar die Zahl „69“ durch „vielen“ ersetzt (StK-MinRProt 11). Mitte November 1948 erklärte Seidel, Bayern habe bisher Güter im Wert von über 63 Millionen DM im Rahmen der Restitutionen zurückgegeben; Der Neue Tag 16.11. 1948 (PA 1948/24).

37 ORR Henle hatte „mit Zustimmung der Empfänger“ hs. im Registraturexemplar hinzugefügt (StK-MinRProt 11).

Ausland erworben worden seien. Das sei ein gewisser Fortschritt. Die Gesamtkosten von bisher 29 Millionen Mark habe der Staat getragen. Die Kosten für Abbau und Abtransport der weiteren Restitutionen werde auf 13 Millionen geschätzt.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bittet, über diese Dinge die Öffentlichkeit aufzuklären, Unterlagen zu sammeln und zu erwägen, wie man sie auch im Ausland bekanntmachen könne.

IV. Metallarbeiterstreik

Staatssekretär *Dr. Grieser* führt aus, daß die Mehrzahl der Wirtschaftsbetriebe die Löhne um 15% erhöht habe. Das sei zulässig, weil in diesen Grenzen der Lohnstopp aufgelockert worden sei.³⁸ Die Verhandlungen mit den Metallarbeitern hätten aber noch zu keinem Ergebnis geführt. Es seien sich beide Teile darüber einig, daß die Löhne um 15% erhöht werden sollen. Die Arbeitgeber gingen dabei aber vom Tariflohn aus (60 Pfg. pro Stunde), während die Arbeitnehmer die tatsächlich bezahlten Löhne (1,08 DM pro Stunde) zu Grunde legen wollten. Von Seiten des Arbeitsministeriums bestehe mit beiden Teilen eine ständige Verbindung. Augenblicklich seien die Verhandlungen unterbrochen worden. Man habe eine Urabstimmung abgehalten, ob der Streik stattfinden solle. Sie sei für den Streik ausgefallen, wobei allerdings die große Zahl der Stimmenthaltungen auffalle.³⁹ Ministerialdirektor Oechsle habe mit den beiden Parteien verhandelt und er habe ihnen heute den Vorschlag gemacht, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und sie an ihre Friedenspflicht gemahnt.⁴⁰ Im Augenblick bestehe keine akute Gefahr, wenn die Lage natürlich auch gespannt sei. Die Sympathie sei wohl auf der Seite der Arbeiter, weil die Preise davonlaufen, während die Löhne still stünden. Man habe den Leuten geraten, die Vertreter der Gewerkschaften sollten diese Dinge in Frankfurt zur Sprache bringen. Der Arbeitsminister vertrete den Standpunkt, daß man vorerst das Spiel der Kräfte walten lassen und erst eingreifen solle, wenn die Verhandlungen in ein akutes Stadium gekommen seien, so daß das Arbeitsministerium als Retter in der Not erscheine. Es könne natürlich sein, daß der eine oder andere repräsentative Betrieb aus politischen Gründen zum Streik gebracht werde; eine allgemeine Streikgefahr dürfte im Augenblick⁴¹ nicht bestehen.⁴²

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* befürchtet, daß dann, wenn einmal Streiks begännen, die Gefahr bestehe, daß auch wilde Streiks ausbrechen. Er hätte es daher begrüßt, wenn man gleich etwas unternommen hätte. Er bitte, das im Arbeitsministerium vorbereitete Schlichtungsgesetz fertigzustellen und im Landtag einzubringen. Das gebe auch einen vernünftigen Ausgangspunkt für eine Landtagsdebatte.

V. Begnadigungen⁴³

Auf Vortrag des Stv. Ministerpräsidenten *Dr. Müller* und des Staatssekretärs *Dr. Lacherbauer* nimmt der Ministerrat zu den ausgesprochenen Todesurteilen Stellung und stimmt für die Vollstreckung der Todesstrafe in den Fällen Göttners⁴⁴ Josef⁴⁵ und Schmit Johann,⁴⁶ gegen die Vollstreckung der Todesstrafe und Umwandlung

³⁸ Vgl. Gesetz zur Aufhebung des Lohnstops vom 3. November 1948 (WiGBl. S. 117); *Die Wirtschaftsentwicklung* S. 17. S. allg. MArb 2174.

³⁹ Vgl. „Metallarbeiterstreik noch diese Woche“, SZ 14. 9. 1948.

⁴⁰ Vgl. SZ, 16.9. 1948, u.a. mit dem Hinweis auf Schlichtungsverhandlungen am 16.9. 1948 in Augsburg. Am 18. 9. 1948 berichtete die SZ, die Urabstimmung in den Metallbetrieben habe eine Zustimmung von 93% für einen Streik ergeben. Die Augsburger Verhandlungen hätten zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer hätten jedoch die Bereitschaft erkennen lassen, sich dem Standpunkt der Arbeitnehmerseite anzunähern. Am 20. 9. 1948 werde unter Vorsitz von MD Oechsle ein Schiedsgericht aus sieben Personen (drei Arbeitgeber, drei Arbeitnehmer) zusammentreten und beide Parteien würden sich einem einstimmig gefällten Schiedsspruch unterwerfen. Am 23. 9. 1948 meldete die SZ unter der Überschrift „Lohnkonflikt beigelegt“, daß das Schiedsgericht nach zwölfstündiger Beratung den Lohnkonflikt in der bayer. Metallindustrie habe beilegen können. Der neue Tarif, gültig ab 1. 10.1948, regle die Löhne für 130000 Arbeiter.

⁴¹ Das hier folgende Wort „noch“ wurde von ORR Henle im Registraturexemplar hs. gestrichen (StK-MinRProt 11).

⁴² Zum Fortgang s. Nr. 58 TOP VII.

⁴³ Vgl. Nr. 4 TOP IV, Nr. 10 TOP X, Nr. 20 TOP IX, Nr. 26 TOP XI, Nr. 30 TOP XII und XV und Nr. 41 TOP XI.

⁴⁴ In der Vorlage fälschlich „Goettner“.

⁴⁵ Josef Göttners (1913–1990), Bauernsohn; die Strafkammer des Landgerichts Traunstein hatte ihn am 28. 11. 1947 wegen zweifachen Sexualmords zweimal zum Tode verurteilt. Vgl. StMJu an Bayer. Staatsregierung, 19. 5. 1948, Gutachten der Gnadenkommission (MD Konrad, MinDirig Walther, MinRat Eckhardt) im Fall Göttners. Die Kommission schlug in diesem Fall den Vollzug der Todesstrafe vor. Durch Entschliebung des MPr., 15. 11. 1948, wurde die Todesstrafe für Josef Göttners in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Vgl. ferner Ehard an StMJu Müller, 15. 11. 1948: „Ich habe mich zu der Begnadigung des Josef Göttners vor allem mit Rücksicht auf das eingehende Gutachten des Herrn Regierungsrats Dr. Wilfert,

in lebenslange Zuchthausstrafe bei Mattausch Johann.⁴⁷ Im Falle Walter Diedrich⁴⁸ ist die Stimmenzahl der dafür und gegen die Vollstreckung abgegebenen Stimmen gleich.⁴⁹

VI. Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren bei Binnenschiffahrtssachen

Auf Vortrag von Staatssekretär Dr. Lacherhauer stimmt der Ministerrat dem Gesetz einstimmig zu.⁵⁰

VII. Absatzgarantie für Kartoffeln

Staatsminister Dr. Schlögl bringt noch die Frage der Kartoffelbevorratung zur Sprache und führt aus, daß Bayern trotz der guten Ernte im Frühjahr⁵¹ in Schwierigkeiten kommen könnte, wenn die Bauern bis dahin zu viele Kartoffeln verfütterten. Das könne nur dadurch verhindert werden, daß man ihnen eine Absatzgarantie ab 1. März 1949 von 3 DM für den Zentner Kartoffeln gewähre.⁵² Für den Handel liege darin eigentlich kein Risiko. Trotzdem weigere er sich, diese Absatzgarantie zu übernehmen. Er stehe noch in Verhandlungen, wenn jedoch der Handel nicht mitmache, dann müsse er den Ministerrat um die Genehmigung bitten, die Absatzgarantie für den bayerischen Bedarf selbst zu übernehmen. Es sei auch zu befürchten, daß die Bauern höhere Preise, die etwa von norddeutschen Händlern geboten werden, ausnützen und ihre Kartoffeln nach Norddeutschland liefern werden. Es sei so, daß die Ernte gerade ausreiche, um pro Kopf der Bevölkerung je 3 Ztr. zuzuteilen. Wenn zu viel verfüttert werde, oder in sonstige Kanäle abfließe, dann bestünde eine Gefahr für das Frühjahr.

Staatsminister Dr. Seidel schlägt vor, mit dem Großhandel weiterzuverhandeln, um ihm klarzumachen, daß man ihn aus dem Kartoffelgeschäft überhaupt ausschalten könne, wenn er nicht bereit sei, die Absatzgarantie selbst zu tragen. Falls sich unter diesem Druck keine Einigung erreichen lasse, werde der Landwirtschaftsminister zu ermächtigen sein, die Absatzgarantie zu übernehmen.

Hiemit herrscht allgemeines Einverständnis.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

sowie die zusammenfassende Stellungnahme des Herrn Ministerialrats Leopold entschlossen. Im Hinblick auf die geistige Verfassung des Göttners und die daraus hervorgehende Gefährlichkeit seines Zustands für die Allgemeinheit bitte ich beim Vollzug der Freiheitsstrafe besondere Sicherungen vorzunehmen, die eine Flucht ausschließen. Ferner bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß Göttners in einer psychiatrischen Abteilung einer Strafanstalt untergebracht wird, damit die Möglichkeit einer ständigen Überwachung seines Geisteszustandes besteht, ferner vorbeugend zu veranlassen, daß er keinesfalls auch bei noch so guter Führung aus der lebenslänglichen Freiheitsstrafe wieder in den Genuß der Freiheit gelangt“ (StMJu, Gnadenakt Göttners).

46 Vgl. Nr. 30 TOP XV sowie die Entschließung des MPr., 13. 11. 1948, betr. Umwandlung der Todesstrafe für Johann Schmit in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe (StMJu, Gnadenakt Schmit).

47 Johann Mattausch, geb. 1909, Polizeibeamter a.D.; die Strafkammer des Landgerichts Bamberg hatte ihn am 12. 1. 1948 wegen Mordes zum Tode verurteilt. Vgl. StMJu an Bayer. Staatsregierung, 16. 8. 1948, Gutachten der Gnadenkommission (MD Konrad, MinDirig Walther, MinRat Eckhardt) im Fall Mattausch. Die Kommission schlug in diesem Fall die Umwandlung der Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe vor. Durch Entschließung des MPr., 15. 9. 1948, wurde die Todesstrafe für Johann Mattausch in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt (StMJu, Gnadenakt Mattausch).

48 Vgl. Nr. 30 TOP XV.

49 Vgl. die Entschließung des MPr., 13. 11. 1948, betr. Umwandlung der Todesstrafe für Walter Diedrich in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe (StMJu, Gnadenakt Diedrich). – Zum Fortgang s. Nr. 58 TOP XI.

50 S. im Detail StK-GuV 33. Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen am 15. 9. 1948 mit Begründung dem Landtagspräsidenten zu; vgl. BBd. III Nr. 1802. Gegen eine gleichlautende Verordnung vom 15. 1. 1948, die u.a. im Bayer. Staatsanzeiger, 6. 3. 1948, bereits veröffentlicht worden war, hatte die Militärregierung Bedenken erhoben und den Erlass eines Gesetzes gefordert. Durch das Gesetz wurde anstelle des Amtsgerichts Mainz als Schiffsgericht für den Mainflußabwärts bis zur bayerisch-hessischen Grenze des Amtsgerichts Würzburg und zum Schiffsgerichtsobergericht das OLG Nürnberg (zuvor OLG Karlsruhe) bestellt. Der Landtag stimmte dem Gesetz am 13. 10. 1948 zu; vgl. BBd. III Nr. 1892. – Gesetz über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen vom 22. Oktober 1948 (GVBl. S. 242). Zu den Einwänden der Militärregierung s. OMGBY 17/173–3/7.

51 Vgl. „Ernteaussichten 1948. Ergebnisse der Erntevorausschätzung Anfang September“. Darin hieß es u.a.: „Für die Ernte an Frühkartoffeln 1948 liegen jetzt die endgültigen Ertragsermittlungen vor. Es beläuft sich der Gesamtertrag an Frühkartoffeln auf 186000 Tonnen, das ist mehr als das Doppelte des Ertrages von 1936 (113,9 vH). Die Vorschätzung der diesjährigen Spätkartoffelernte läßt einen Mehrertrag von 21,9 vH gegenüber 1936 erwarten. Der voraussichtliche Gesamtertrag wurde Anfang September auf rund 5,2 Millionen Tonnen geschätzt“, Bayern in Zahlen 1948, S. 203.

52 Die Formulierung geht ebenfalls auf hs. Änderungen ORR Hendles zurück. Im Registraturrexemplar hatte es zunächst geheißen: „Das könne nur dadurch verhindert werden, daß man ihnen eine Absatzgarantie gebe und ihnen verspreche, daß sie ab 1. März 1949 3 DM für den Zentner Kartoffeln bekommen würden“ (StK-MinRPort 11).

Der Generalsekretär des
Ministerrats
In Vertretung
gez.: Dr. Wilhelm Henle
Oberregierungsrat

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Anton Pfeiffer
Staatsminister